

SELBSTBESTIMMUNGSINITIATIVE – Die Nationalrätinnen Sandra Sollberger (SVP/BL) und Doris Fiala (FDP/ZH) streiten sich über die Auswirkungen des Urnengangs vom 25. November. Die Schweizerische Gewerbekammer lehnt die SBI mit klarer Mehrheit ab.

Richtig oder radikal?

Schweizerische Gewerbezeitung: Die «Selbstbestimmungsinitiative» (SBI), über die wir am 25. November abstimmen, will den Vorrang des Verfassungsrechts vor dem Völkerrecht festschreiben. Wieso ist das Ihrer Meinung nach nötig?

Sandra Sollberger: Es geht um den Erhalt unserer bewährten direkten Demokratie. Ihr haben wir Wohlstand, Rechtssicherheit und liberale Rahmenbedingungen zu verdanken. Immer mehr wird unsere direkte Demokratie aber zurückgedrängt. Die Volksrechte werden beschnitten, Volksentscheide nicht umgesetzt, oder sie kommen gar nicht erst zur Anwendung. Das internationale Recht wird über alles gestellt, obwohl es beispielsweise einen Haupttreiber der Überregulierung und Bürokratisierung in der Schweiz darstellt.

Die Initiative will das Verhältnis zwischen Völkerrecht und Landesrecht klären. Was ist daran auszusetzen?

Doris Fiala: Die Initiative ist zu radikal: Sie ist rückwirkend und beinhaltet zudem eine Kündigungsverpflichtung, da wo Völkerrecht vorrangig ist gegenüber Landesrecht.

«IN DER REALITÄT HAT DIE SCHWEIZ GEGENÜBER DEN GROSSMÄCHTEN DIE GEFORDERTEN «MUSKELN» GAR NICHT.»

Doris Fiala

Betroffen wäre beispielsweise unsere Lösung rund um die Masseneinwanderungsinitiative. Die Verlässlichkeit unseres Landes bei internationalen Geschäften und Abkommen mit unseren Vertragspartnern würde ohne Not geschwächt. Da die SVP bereits die nächste Initiative, die «Kündigungsinitiative», in der Pipeline hat, kann die Bevölkerung die Frage der Personenfreizügigkeit ohnehin separat beantworten. Die Schweiz hat bereits 1969 dem sogenannten Wiener Abkommen zugestimmt, 1989 hat die vereinte Bundesversammlung den Entscheid des Bundesrats darüber bestätigt, dass wir JA sagen zum Völkerrecht. Das wird seitens der Initianten verschwiegen.



Die Baselländer SVP-Nationalrätin Sandra Sollberger votiert für ein Ja zur Selbstbestimmungsinitiative.



Die Zürcher FDP-Nationalrätin Doris Fiala plädiert für ein Nein zur Selbstbestimmungsinitiative.

Bilder: zvg

Die Gegner der SBI lesen aus dem Urnengang eine Grundsatzfrage über die Zukunft der humanitären Schweiz heraus und sprechen von einem «Angriff auf die Demokratie». Teilen Sie diese Einschätzung?

Doris Fiala: Würden die Initianten nach einem Abstimmungssieg die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) kündigen wollen, weil ihnen z. B. ein Gerichtsurteil aus Strassburg missfällt, könnte das in der Tat bedenklich sein und der Welt ein wirklich schlechtes Signal senden. Die Schweiz ist ein kleines, wenn auch wirtschaftlich sehr potentes Land. Wir sind jedoch keine Grossmacht und deshalb auf das Völkerrecht angewiesen. Die USA oder China haben jene «Muskeln», die von uns immer wieder keck verbal eingefordert werden... Fakt ist: Die Schweiz hat in der Realität diese «Muskeln» und Kraft gegenüber Grossmächten gar nicht – das hat der Finanzplatz beispielsweise in aller Härte erfahren müssen. Das ist Realpolitik, und nicht zuletzt deshalb ist die Initiative abzulehnen!

Würde umgekehrt die Demokratie gestärkt, sollte die Initiative durchkommen?

Sandra Sollberger: Auf jeden Fall. Wenn die Verfassung wieder Vorrang hat, müssen auch Volksentscheide wieder gegenüber internationalem Recht durchgesetzt werden. Dies kann immer noch auf pragmatische Weise gemacht werden. Aber es ist dann für alle Behörden wieder klar, dass unsere direktdemokratische Verfassung an oberster Stelle steht. Es gibt dann keine Ausreden und Ausflüchte mehr.

Welche völkerrechtlichen Verträge wären denn von der Initiative überhaupt betroffen?

Sandra Sollberger: Die Initiative stellt keinen Vertrag direkt in Frage. Es geht um den Grundsatz, ob Volksentscheide und das Stimmrecht der Bürgerinnen und Bürger noch etwas gelten. Es geht aber auch insbesondere darum, dass heute internationale Verträge von Gerichten und Funktionären durch Interpretation weiterentwickelt werden, über den eigentlichen Inhalt hinaus. Das fördert in der Regel die Zentralisierung, Bürokratisierung und Überregulierung. Wenn es da zu Konflikten kommt mit dem Landesrecht, soll dieses vorgehen.

Welche Auswirkungen hätten die Kündigungen welcher internationaler Verträge für die Schweiz?

Doris Fiala: Es geht vor allem um unsere Verlässlichkeit als internationale Partner und als Rechtsstaat. Wir haben beispielsweise Luftfahrtabkommen mit 183 Ländern abgeschlossen, 27 Freihandelsabkommen, 173 Investitionsschutzabkommen, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Ich möchte international keinen Vertrauensverlust gegenüber der Schweiz in Kauf nehmen.

Welche aussenpolitischen und aussenwirtschaftlichen Auswirkungen erwarten Sie bei einem Ja zur SBI?

Doris Fiala: Das Vertrauen in uns ist ein Grund, warum man in die Schweiz investieren will und wir als politischer Partner geschätzt und ernst genommen werden. Ich bin

mir nicht sicher, in welchem Ausmass ein Ja einen wirtschaftlichen Impact hätte. Sicher würde es international nicht als Banalität gewertet. **Sandra Sollberger:** Ich erwarte positive Auswirkungen! Die EWR-Abstimmung hat es gezeigt. Trotz der Untergangsdrohungen hat sich die Schweiz seit dem Nein zum EWR sehr positiv entwickelt. Die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Schweiz schaffen Stabilität und Wohlstand. Wir sind ganz besonders wegen der direkten Demokratie ein attraktiver Unternehmensstandort. Die Schweiz wird als Partnerin ernst genommen, und die direkte Demokratie macht uns verlässlich und glaubwürdig in der Welt.

Was, wenn die Initiative abgelehnt wird?

Sandra Sollberger: Dann wird sich der Trend noch weiter verstärken, dass Parlament, Bundesrat und Bundesgericht missliebige Volksentscheide nicht umsetzen und dazu willkürlich internationales Recht heranziehen.

«BEI EINEM JA GIBT'S KEINE AUSFLÜCHTE MEHR: UNSERE VERFASSUNG STEHT AN OBERSTER STELLE.»

Sandra Sollberger

Die durch diese Internationalisierung ausgelöste Zentralisierung und Bürokratisierung wird in der Schweiz fortschreiten. Unsere Standortattraktivität wird tendenziell abnehmen, und die individuelle und unternehmerische Freiheit wird weiter beschnitten werden, so beispielsweise mit dem UNO-Migrationspakt oder dann mit dem politisch-institutionellen Rahmenabkommen mit der EU. **Doris Fiala:** Dann bliebe unsere Rechtssicherheit wie sie heute ist, und das Vertrauen international würde zusätzlich gestärkt.

Interview: Gerhard Enggist

DIE MEINUNG

«Frau und KMU» – ein Dreamteam



Nationalrat Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Sie setzt sich erfolgreich im hart umkämpften Skimarkt durch, und mit innovativem Design zieht sie hochkarätige Kundschaft an Land. Das ist **Francesca Kuonen**, welche zusammen mit ihrem Bruder **Marco** mit AK Ski das Vermächtnis ihres Vaters weiterführt. Sie ist Recyclingunternehmerin, welche aus Abfall ein Erlebnis macht und sich in der Politik durchsetzt. Das ist **Karin Bertschi**, Geschäftsführerin ihres Familienunternehmens. Sie sind jung, dynamisch und haben die Führung in ihren Familienunternehmen übernommen. Sie sind zwei der Powerfrauen, welche am vergangenen Mittwoch auf der Bühne des KMU-Events «synergy» im Berner Kursaal standen.

Frauen, Führung und KMU: Das passt wie die Faust aufs Auge. In der KMU-Wirtschaft nehmen 35 Prozent der Frauen eine Vorgesetztenfunktion ein. Fast jede zweite Einzelfirma wird von einer Frau geführt. Auch im Verwaltungsrat sind Frauen in KMU mit 22 Prozent überdurchschnittlich vertreten (Durchschnitt aller Unternehmen 15 Prozent). Dies zeigt eine Studie der Universität St. Gallen von diesem Jahr. Eine Neuauflage der Studie ist bereits wieder vom sgv in Auftrag gegeben worden. Die Zahlen werden sich weiterentwickelt haben – und zwar ganz sicher im positiven Sinn.

In KMU finden die Frauen häufig individuell geeignete Lösungen, um Karriere und Familie unter einen Hut zu bringen. Beleg dafür sind die 70 Prozent teilzeitarbeitenden Frauen in KMU – auch in Führungspositionen. Frauenförderung wird in erster Linie durch gute Rahmenbedingungen für die Frauen erreicht, damit diese effizient arbeiten können. Als selbstständige Unternehmerinnen, treibende Kraft in einem Familienunternehmen oder als teilzeitangestellte Kaderfrau sind gerade Frauen, die daneben häufig noch Aufgaben in der Familie übernehmen, auf geringe administrative Belastung und das Vermeiden von bürokratischen Hürden angewiesen.

In KMU übernehmen Frauen viel schneller als in grösseren Unternehmen Positionen mit Verantwortung auf allen Ebenen. Sie können so ihre Stärken entfalten. Die Familienmanagerin wird zur Unternehmensmanagerin. Mit Blick für das Ganze und das Team kann sie neue Aspekte in die Führung einbringen. Andere Aspekte als ihr Kollege, welcher wettbewerbsbewusst den Erfolg des Unternehmens und seine eigene Karriere vorantreibt. Beide Stile haben ihre Stärken und können gewinnbringend in gemischten Teams eingebracht werden. Dass Unternehmen aller Art und Grösse von geschlechtergemischten Teams nur profitieren können, wissen wir beim Schweizerischen Gewerbeverband sgv nur zu gut. Ich bin ein beknennender Fan von gemischten Teams. Schon immer waren gut ausgebildete Frauen entscheidend am Erfolg des sgv beteiligt. Und deshalb ist es nur selbstverständlich, dass der Frauenanteil in der Geschäftsleitung des sgv 50 Prozent beträgt. Völlige Gleichstellung – ganz ohne den Zwang zur Quote.

POSITION DES SGV

Gewerbekammer lehnt SBI klar ab

Die Schweizerische Gewerbekammer, das Parlament des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv, empfiehlt die Selbstbestimmungsinitiative zur Ablehnung.

Gegen die Selbstbestimmungsinitiative spreche ihre «Alles oder nichts»-Ausrichtung, fand die Kammer mit grosser Mehrheit. Es sei unklar, welche völkerrechtlichen Verträge von der Initiative überhaupt betroffen seien. Ebenso unklar sei, welche Auswirkungen die Kündigungen der Verträge hätten. Zudem hielten die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen die Behörden an, sich über bestehende vertragliche Verpflichtungen hinwegzusetzen. Das

widerspreche der Schweizer Rechtskultur und schwäche die Position der Schweiz im Verkehr mit anderen Staaten.

Nein auch zur Zersiedelungsinitiative

Die Nein-Parole zur Zersiedelungsinitiative erfolgte einstimmig. «Die Zersiedelungsinitiative geht zu weit und ist wenig zielgerichtet», stellte sgv-Direktor **Hans-Ulrich Bigler** fest. Sie greife in die Eigentumsfreiheit im Siedlungsbau ein, wolle vorschreiben, was «Lebensqualität» sei und fordere zudem «Stillstand und Baustopp».

www.sgv-usam.ch

IMPRESSUM

Herausgeber/Verlag: Schweizerischer Gewerbeverband sgv, Schwarztörstrasse 26, Postfach, 3001 Bern – Tel. 031 380 14 14
Fax 031 380 14 15 – verlag@sgv-usam.ch – www.gewerbezeitung.ch
Herausgeber: Hans-Ulrich Bigler, Direktor – **Verlagsleitung:** Mirjam Voser

Leitung Kommunikation: Corinne Aeberhard **Redaktion:** Gerhard Enggist, Chefredaktor; Corinne Remund, Stv. Chefredaktorin, redaktion@gewerbezeitung.ch, abo@gewerbezeitung.ch **Anzeigen:** NZZ Fachmedien AG, Fürstentlandstrasse 122, 9001 St. Gallen **Leitung:** Daniel Egger, Tel. 071 272 75 00, daniel.egger@nzz.ch

Herstellung: Tagblatt Print, NZZ Media Services AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen
Auflage: 107 655 Exemplare (WEMF-Beglaubigung 2017).
Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen.